

V7 Solidarität mit Fridays for Future!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 16.03.2019
Tagesordnungspunkt: TOP 8 Verschiedene Anträge

1961 Seit Monaten streiken in Deutschland sowie in vielen weiteren Ländern jede Woche
1962 Schüler*innen sowie Studierende für einen verantwortungsvollen Umgang mit der
1963 Klimakrise. Initiiert wurden die Streiks von der schwedischen
1964 Klimagerechtigkeitsaktivistin Greta Thunberg. Ihren Höhepunkt fand die
1965 Mobilisierung am 15.03.2019 beim globalen Klimastreik an über 2000 Orten in über
1966 100 Ländern. Allein in Deutschland beteiligten sich 300000 Menschen an den
1967 Streiks.

1968 Die Reaktion der NRW-Landesregierung auf die Streiks fand bislang jedoch nicht
1969 durch eine Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Forderungen der Streikenden
1970 statt. Vielmehr verurteilt sie das Fernbleiben aus dem Unterricht und macht sich
1971 Gedanken, wie sie durch Sanktionen und Einschüchterungen die Klimastreiks
1972 unterbinden kann.

1973 Die Dienstanordnung von Kultusministerin Yvonne Gebauer, nach der bei
1974 wiederholtem unentschuldigtem Fernbleiben vom Unterricht, Sanktionen gegen
1975 Schüler*innen angewendet werden sollen und nach Streiks nicht als
1976 außerschulische Veranstaltung genehmigt werden können, verurteilen wir als
1977 grundlegend falsch.

1978 Diese Repressionen zeigen die Hilflosigkeit der Landesregierung gegenüber den
1979 Streikenden und die nicht vorhandenen Antworten von schwarz-gelb auf die das
1980 drängendste Problem unserer Zeit, die Gefahr eines Klimakollaps.

1981 Bis vor kurzem bemängelten Politik, Medien und Gesellschaft das vermeintliche
1982 Desinteresse der "Jugend von heute" am politischen Geschehen. Diesem Vorurteil
1983 ruft die hochpolitische Bewegung "*Fridays for Future*" unsere Forderungen
1984 entgegen. Scheinbar jedoch zur falschen Zeit und dann auch noch zu Problemen,
1985 die eigentlich "für Profis" sind, wenn man Christian Lindner glauben schenkt.

1986 Die Argumentation der Landesregierung, dass Engagement für den Klimaschutz in
1987 der Freizeit ja sehr begrüßenswert sei, ist komplett scheinheilig. Über
1988 Jahrzehnte wurden Freizeitproteste für den Klimaschutz von der Politik

1989 weitgehend ignoriert. Das Fernbleiben vom Unterricht verschafft dem Protest nun
1990 erst die Aufmerksamkeit, die er schon immer verdient hat und ist im Angesicht
1991 des Handlungsdrucks zur Abwendung der Klimakrise legitim.

1992 Die aktuelle Politik der Bundes- und Landesregierung ist eine des Stillstandes.
1993 Der angedachte Kohleausstieg 2038 sowie die absolute Planlosigkeit bei der
1994 Verkehrswendestehen in keiner Relation zu dem, was wir machen müssen, um die
1995 Pariser Klimaziele einzuhalten und unseren Teil dazu beizutragen. Das 1,5 Grad
1996 Ziel darf nicht verfehlt werden, die Folgen wären fatal.

1997 Auch das "Ergebnis" der Kohlekommission kann kein Konsens sein, immerhin fehlte
1998 eine ganze Generation sowie schon heute von der Klimakrise betroffene Menschen
1999 im globalen Süden am Tisch!

2000 Genau deshalb nehmen wir gemeinsam mit den Streikenden von Fridays for Future
2001 unsere Zukunft selbst in die Hand. Anstelle von Repressionen erwarten wir von
2002 der Landesregierung, inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen der
2003 Jugendlichen auf den Straßen und damit eine klimapolitische Kehrtwende und ein
2004 Klimaschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen.

2005 Wir Jugendlichen sind die Profis für unsere Zukunft.

Begründung

Erfolgt mündlich.